

INFORMATIONSPREISE NACH BANGLADESCH

07. BIS 11.07. 2013

von

Renate Künast, Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und

Uwe Kekeritz, Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung¹

GesprächspartnerInnen:

- Fr. Shirin Sharmin Chodhury (Parlamentspräsidentin)
- Hr. Saber Hossein Chowdhury (MP, Vorsitzender des Klimaausschusses)
- Hr. Nazrul Islam Khan (MP, Gewerkschafter)
- Hr. Nasiruddin (Umweltministerium)
- Hr. Muhammed Yunus (Friedensnobelpreisträger, Grameen-Gründer)
- Fr. Iffath Sharif (Weltbank)
- Hr. Richard Marshall (UNDP)
- Hr. Tauhid Alam (UNFPA)
- Hr. Lejo Sibbel (ILO)
- Hr. Magnus Schmid, Hr. Manjur Morshed (GIZ)
- Fr. Jenny Fagerlin, Hr. Johan Stellansson (H&M)
- Fr. Christine Schumacher (Tchibo)
- Fr. Amirul Haque Amin, Fr. Shamina Nasrin (Gewerkschafterinnen),
- Fr. Nazma Akter (Textilarbeiterinnen-Café)
- Fr. H., Hr. Z., Hr. K. (MenschenrechtlerInnen)
- Hr. K., Hr. B. (Blogger, Journalisten)
- Fr. B., Hr. A. (Shabagh-AktivistInnen)

¹ Begleitet wurde die Reise von den FraktionsreferentInnen Boris Dehler und Denise Bentele. Von Seiten der Deutschen Botschaft wurde die Reise v.a. durch Dr. Ralf Reusch und Johannes Schneider unterstützt, denen unser besonderer Dank gilt.

- Hr. Kasheful Hoda und Fr. Tunazzina Iqbal Sahaly (RISE)
- Hr. Kamruzzaman (IUCN)
- Hr. Shameem Siddiqi (Asia Foundation)
- Fr. Bibi Russel (Designerin und Modeproduzentin)

Besichtigungen:

- Textilfabriken Capella Knit, DBL I und DBL II
- Rana Plaza-Ruine
- Rehabilitationszentrum Savar
- Textilarbeiterinnen-Café
- Korail-Slum mit Schule und Krankenstation
- Landgewinnungsprojekt
- Parlament

Dicht an dicht stehen die NäherInnen an langen Tischen in der Textilfabrik, in der gerade Jogginghosen für Lidl produziert werden. Am Schluss werden sie gleich noch mit deutscher Textbeilage fertig zellophanverpackt. Fast jeder Arbeitsschritt wird manuell ausgeführt: der von Hand aufgetragene Siebdruck der T-Shirts wird mit einem Gerät ähnlich eines handelsüblichen Föhns trockengeföhnt. Stangenware „Made in Bangladesch“ ist weitgehend Handarbeit.

1. Schwerpunkt: Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie

Während unserer Reise macht ein Zitat der Premierministerin die Runde: über 90 % der Gebäude entsprechen nicht den bangladeschischen Bauvorschriften. Mangelnde Gebäudesicherheit und Brandschutz (die Kampagne für Saubere Kleidung hat in den letzten sieben Jahren über 200 Einstürze und Brände mit mehr als 5.000 Toten und Verletzten dokumentiert) sind neben den schlechten Arbeitsbedingungen und dem niedrigen Lohnniveau (das niedrigste weltweit) die gravierendsten Probleme von Bangladeschs Textilindustrie. Sie macht 79 % der Exporte aus. Nach China ist Bangladesch weltweit der zweitgrößte Textilexporteur überhaupt, 2/3 der Exporte gehen dabei nach Europa.

Wir besichtigten drei Textilfabriken unterschiedlicher Standards und sprachen mit den verschiedenen Beteiligten des Produktionsprozesses. Schnell wird klar: jeder

sucht die Schuld für die Misere bei dem anderen. Der Besitzer einer Fabrik der mittleren Kategorie sieht sich den multinationalen Konzernen ausgeliefert, die ihm die Bedingungen diktierten, die Vorgabe der Herstellung von mehreren zehntausend T-Shirts in drei Wochen sei die Regel. Die multinationalen Konzerne wiederum - wir sprechen mit VertreterInnen von Tchibo und H&M - sehen die bangladeschische Regierung in der Pflicht: sie müsse den derzeitigen gesetzlichen Mindestlohn von 3.000 Taka (=30 Euro) pro Monat erhöhen. Die Rolle der Gewerkschaften ist schwach, sie sind Anhängsel der beiden Volksparteien Bangladeschs, erklärt uns ein Mitglied des Parlaments, oder ähnlich eines Betriebsrates nur für einzelne Betriebsstätten organisiert. Wir treffen Näherinnen, die sich in sogenannten Women's Cafés (Textilarbeiterinnen-Cafés) organisiert haben, wo sie sich auf spielerische Weise (was ganz wörtlich gemeint ist: es wird eine Art „Mensch ärgere Dich“ der ArbeitnehmerInnenrechte gespielt) gegenseitig schulen und ermutigen, für ihre Rechte einzutreten. Sie berichten uns sehr selbstbewusst von den bestehenden Problemen, drücken aber auch ihre Angst aus, der globale Textilzirkus könne weiterziehen. Myanmar und Kambodscha stünden als Alternative schon bereit. Immer wieder hören wir: die Europäer sollen bitte auch weiterhin in Bangladesch produzieren, denn die Menschen brauchen die Arbeit dringend. Fast ein Viertel der 164 Millionen Einwohner Bangladeschs ist direkt oder indirekt abhängig von der Textilindustrie. VertreterInnen der Zivilgesellschaft weisen uns nachdrücklich auf die Korruption im Land als zusätzliches Hemmnis hin. Während unseres Aufenthaltes wird der neueste Report von Transparency International veröffentlicht. Danach halten 93 % der Bangladeschis ihre politischen Parteien und die Polizei für korrupt, dicht gefolgt von Justiz und Parlament. Ein Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berichtet uns, dass 40 % der Parlamentsmitglieder selbst in der Textilwirtschaft seien, so dass eine echte Kontrolle des Textilssektors – insbesondere bei Sicherheitsstandards und Brandschutz – nicht stattfindet.

Friedensnobelpreisträger Professor Muhammed Yunus glaubt einen möglichen Ausweg aus der Misere zu kennen: er plädiert für die Einführung eines Textilsiegels, dem „Happy Workers tag“. Es soll den VerbraucherInnen überhaupt erst die Möglichkeit geben, zu erkennen, dass ein bestimmtes Kleidungsstück unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde. Die durch die menschenwürdigen Produktionsbedingungen entstehenden Mehrkosten in Höhe von 50 Cent solle der Verbraucher (als Gegenleistung für die Garantie, dass bestimmte Standards bei der Produktion gewahrt worden seien) tragen. Den Unternehmen entstünden also keine Mehrkosten, so dass es keinen Grund gäbe, warum diese das Projekt behindern

sollten. Die Einhaltung der Standards würde das von ihm geführte Grameen-Konsortium, das er als gewinnfreies „*social business*“ bezeichnet, übernehmen.

Während unserer Reise wird in Europa die Initiative von **EU-Handelskommissar De Gucht** verhandelt, die als Reaktion auf die Rana Plaza-Katastrophe eine Reform des bangladeschischen Arbeitsrechts und mehr Gebäudesicherheit / Brandschutz vorsieht. Das sind Aktivitäten, die wir unterstützen. Unsere GesprächspartnerInnen aus der Zivilgesellschaft geben uns auch zu verstehen, dass der notwendige Druck von Außen kommen muss. Bei den Gesprächen zwischen EU-Kommission, Markenfirmen und dem Außenministerium von Bangladesch wurden Zusagen gemacht. Wenige Tage später wurden auch Beschlüsse im Parlament von Bangladesch gefasst.

Der Schock über den Einsturz des Rana Plaza-Gebäudes, in dem sich in den oberen Stockwerken mehrere Textilfabriken befunden haben, ist allen unseren GesprächspartnerInnen noch anzumerken. 1.131 Tote, über 3.500 Verletzte - so die Bilanz des Einsturzes vom April als wir unsere Reise Anfang Juli antreten. Die Opferzahl erhöht sich aber immer noch fortlaufend. An der Einsturzstelle im Zentrum von Dhaka haben wir Gelegenheit, mit den Feuerwehrleuten zu sprechen, die bei der Rettung der Überlebenden zugegen waren. Ausländische Hilfe hatte die bangladeschische Regierung abgelehnt. An der Einsturzstelle sieht man die Löcher in den angrenzenden Mauern, durch die die Überlebenden geborgen wurden. Vor der Ruine harren immer noch Angehörige mit Fotos der noch vermissten Opfer aus. Das deutsche Unternehmen KiK, das in Rana Plaza produzieren ließ, hat bis heute keine Entschädigung an die Opfer des Einsturzes gezahlt.² Als wir eine junge Näherin treffen wollen, die den Einsturz überlebt hat, müssen wir warten – sie ist so traumatisiert, dass sie weder die Rolltreppe noch den Fahrstuhl benutzen kann. Mühsam steigt sie die Stufen hoch, denn sie wurde an beiden Beinen verletzt. VertreterInnen der Nichtregierungsorganisation RISE begleiten sie; RISE versucht vor Ort, die Opfer zu unterstützen. Sie berichten, wie gering die Leistungen sind, die die 18-jährige Näherin bislang erhalten hat: insgesamt sind es 260 Euro, das reicht nicht einmal, um ihre ärztliche Versorgung sicherzustellen.

2. Bangladesch 2013 – politische, soziale und ökologische Herausforderungen

a) Politische Herausforderungen

² Vgl. hierzu unser diesbezügliches Schreiben an KiK vom 22.07.2013 und das Antwortschreiben von KiK vom 31.07.2013.

Im Januar hat das bangladeschische Kriegsverbrechertribunal (International Crimes Tribunal –ICT) seine ersten Urteile gesprochen. Es wurde 2009 eingerichtet, um die von der pakistanischen Armee und ihren Verbündeten in Bangladesch (darunter die jetzige Oppositionspartei Jamaat-e-Islami) im Zuge des bangladeschischen Unabhängigkeitskrieges 1971 begangenen Verbrechen (Hunderttausende Massenmorde und –vergewaltigungen, Millionen Vertriebene) aufzuarbeiten.

Als im März dieses Jahres nach mehreren Todesurteilen erstmals eine lebenslange Haftstrafe ausgesprochen wurde, kam es zu Massenprotesten, allein in Dhaka gingen Hunderttausende auf die Straße. Diese friedlichen Proteste der sogenannten Shabagh-Bewegung, der viele junge Menschen, darunter zahlreiche BloggerInnen (mit „somewherein“ gibt es seit 2005 eine Plattform in der Landessprache Bangla, so dass eine breitere Öffentlichkeit partizipieren kann) und Facebook-AktivistInnen angehören, forderten ein säkulares und pluralistisches System, aber eben auch die Todesstrafe für den Verurteilten. JournalistInnen und MenschenrechtlerInnen erläutern uns den Hintergrund dieser Forderung: Die Shabagh-Bewegung befürchtet, dass bei den zum Jahreswechsel 2013/14 anstehenden Parlamentswahlen dieser Politiker trotz der von ihm begangenen Gräueltaten begnadigt werden könnte, was sie um jeden Preis verhindern wollen. Von den Parlamentswahlen selbst versprechen sie sich keinerlei politische Veränderungen. Seit der Unabhängigkeit würde die jeweils regierende der beiden Volksparteien (Bangladesh Nationalist Party (BNP) und Awami League (AL)) stets abgewählt, so dass diese an nachhaltiger Politik keinerlei Interesse hätten.

Als wir uns mit einer exponierten Menschenrechtlerin, und einigen anderen Vertretern der Zivilgesellschaft treffen, weist sie uns mit Blick aus dem Fenster darauf hin, dass der Geheimdienst auch schon da sei. Wie prekär die Lage der Oppositionellen ist, bestätigt sich nach unserer Reise: am 10. August 2013 wird einer unser Gesprächspartner, Richter am obersten Gerichtshof Bangladeschs und bekannter Menschenrechtsaktivist, verhaftet. Vorgeworfen werden ihm Falschinformation über Menschenrechtsverletzung der bangladeschischen Sicherheitskräfte. Seine Organisation hatte berichtet, dass zwischen Januar und Juni dieses Jahres 184 Personen illegal von Vollzugsbehörden in Bangladesch umgebracht wurden. Nun droht ihm selbst Folter oder unmenschliche Behandlung in Haft. Auf unserer Reise hatte uns die Parlamentspräsidentin Shirin Sharmin Chowdhury noch versichert, politische Gefangene gebe es in Bangladesch nicht.

b) Soziale Herausforderungen

Bangladesch gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Fast ein Drittel der Bevölkerung lebt weiterhin unter der Armutsgrenze, d.h. hat weniger als 1,25 US Dollar am Tag zur Verfügung. Wir besuchen den Korail-Slum, in dem zwischen 300 und 500.000 Menschen leben und dass sich mitten im Diplomatenviertel von Dhaka auf einer Halbinsel befindet, die stetig wächst – durch Müllaufschüttungen an den Rändern. Um dorthin zu gelangen, müssen wir mit einem kleinen Kahn übersetzen. Der Slum existiert bereits seit Jahrzehnten, ist aber nach wie vor illegal, so dass den BewohnerInnen keinerlei Infrastrukturmaßnahmen zugutekommen. Die einzige Schule wird durch die German Doctors, eine deutsche Nichtregierungsorganisation, betrieben: drei winzige Klassenräume, in denen 250 Kinder in drei Schichten unterrichtet werden. Gleich daneben versorgen zwei Ärztinnen der German Doctors an zwei Tagen in der Woche die Kranken – sonst gäbe es gar keine ärztliche Versorgung im Slum, erzählen sie uns.

c) Ökologische Herausforderungen

Platzmangel ist ein großes Thema: Bangladesch ist das am dichtesten besiedelste Flächenland der Erde, Dhaka die am schnellsten wachsende Megacity überhaupt. Nicht nur im Slum sind die Menschen dicht zusammengepfercht, überall in Dhaka sieht man Gebäude die oftmals illegal gebaut und/oder aufgestockt werden. Wir besichtigen ein Landgewinnungsprojekt vor den Toren der Hauptstadt, welche von zahlreichen Flüssen durchzogen ist. Während Deutschland gerade mit den Folgen der Flut beschäftigt ist, werden hier einige Flussbette einfach mit dem Sand des Ganges zugeschüttet, um Bauland zu gewinnen. Mit Rohren wird der Matsch so weit wie möglich verbracht. Am Flussufer beobachten wir, wie dort der Sand per Hand aufgeschüttet wird. Wir erfahren, dass es einer dreizehnstöckigen Konstruktion unter der Erde bedarf, um auf dem gewonnen Land ein sicheres Haus von neun Stockwerken zu errichten. Angesichts der verbreiteten baulichen Mängel schon bei gewöhnlichen Gebäuden und den Überflutungen, von denen Bangladesch regelmäßig heimgesucht wird, sind wir skeptisch, was den Erfolg dieses Projekts angeht.

Bangladesch ist in vielfältiger Weise besonders stark vom Klimawandel betroffen: Überschwemmungen, Dürren und Zyklone sind an der Tagesordnung. Bangladesch ist das durch den Anstieg der Meeresspiegel weltweit am stärksten bedrohte Land. So verwundert es auch nicht, dass uns der Abgeordnete Saber Hossein Chowdhury, Vorsitzender des Klimaausschusses, berichtet, dass 14 % des bangladeschischen Haushalts für Katastrophenhilfe vorgesehen ist.

3. Fazit

- 1) Schwerpunkt unserer Informationsreise nach Bangladesch war die Situation in der Textilindustrie, seit Jahren geprägt von schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigsten Löhnen, von Brandkatastrophen und Hauseinstürzen. Durch die Dimension des Einsturzes des Rana Plaza-Gebäudes im April 2013 hat international erstmals eine breitere Öffentlichkeit Kenntnis von den Zuständen in den Fabriken genommen. **Diese Aufmerksamkeit gilt es politisch zu nutzen.** Alle Beteiligten des Produktionsprozesses müssen dabei in die Pflicht genommen werden. Regierung und Parlament von Bangladesch zeigen bisher jedoch sehr geringes Interesse.
- 2) Von Seiten des **europäischen Gesetzgebers** muss für **Transparenz in der gesamten Lieferkette** gesorgt werden.
Unternehmen müssen EU-weit verpflichtet werden, ihre Produktionsbedingungen – für die gesamte Lieferkette – offenzulegen, wie dies das Europäische Parlament schon für Rohstoffunternehmen beschlossen hat. Dies beinhaltet ökologische ebenso wie soziale Kriterien: Arbeitsbedingungen, Gebäudesicherheit und Brandschutz. KonsumentInnen haben das Recht, alle Informationen über den Produktionsprozess zu haben.
- 3) Von **europäischer Seite** muss weiter Druck ausgeübt werden, auch, indem nicht ausgeschlossen wird, bestehende Handelsvorteile (wie sie für Bangladesch als least developed country bestehen) gegebenenfalls zu streichen.
- 4) Von Seiten der **bangladeschischen Regierung** muss **kontrolliert** werden, dass **bestehende Gesetze zu Brandschutz und Gebäudesicherheit** auch tatsächlich eingehalten und die Mindestlöhne so bemessen sind, dass sie ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Da in Bangladesch keine qualifizierten und unabhängigen Kontrollen bestehen, sollte dies über eine internationale Organisation (ILO) erfolgen.
- 5) Auch die **Unternehmen vor Ort** müssen ihren Beitrag zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen leisten. Anders als Professor Yunus sind wir nicht der Ansicht, dass diese außen vor gelassen werden können, vielmehr müssen sie die Kosten für **faire Löhne, sichere Gebäude, effektive Kontrollen** etc. in ihre Gewinnkalkulation mit einbeziehen und dürfen **Gewerkschaftsarbeit nicht behindern.**

- 6) **Multinationale Unternehmen** sind international verpflichtet, menschenwürdige Arbeitsbedingungen einzuhalten. Es geht hier also um Pflichten und nicht um eine Gnade, die die Unternehmen ihren ArbeiterInnen gewähren. Wenn sie in Fabriken produziert haben, die aufgrund mangelnder Kontrollen eingestürzt oder abgebrannt sind, müssen die Unternehmen zu **Entschädigungen** verpflichtet werden.
- 7) Die **ArbeiterInnen in den Textilfabriken** müssen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt werden. Dies betrifft die **Bildung unabhängiger Gewerkschaften** und die **Förderung bestehender empowerment-Projekte** wie die Textilarbeiterinnencafés. Dazu gehört auch die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen in Deutschland und der EU, die **Entschädigungsklagen** gegen Unternehmen, die internationale Standards verletzen, ermöglichen.
- 8) Die **VerbraucherInnen** sollten sich, soweit es heute schon möglich ist, über die Produktionsbedingungen der von ihnen gekauften Produkte **informieren können**. Von hochpreisigen Produkten können keine Rückschlüsse auf menschenwürdige Produktionsbedingungen gezogen werden. Andersherum ist ein T-Shirt für 4,99 Euro aber mit Sicherheit nicht fair produziert. **Einheitliche Siegel** (kein Siegel-Dschungel von 120 Siegeln!) wie beispielsweise GOTS³, helfen, die VerbraucherInnen in die Lage zu versetzen, menschenwürdig hergestellte Produkte zu erkennen und ihre Kaufentscheidung danach auszurichten. Hier besteht allerdings der Entwicklungsbedarf eines Siegels für die gesamte Textilpalette.

³ Global Organic Textile Standard =Textilsiegel, das auf weltweit kontrollierbaren, sozialen und ökologischen Standards abzielt, berücksichtigt die gesamte Produktionskette und macht diese nachvollziehbar.